

Etatrede am 01.02.2021

Einleitung

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Etatberatungen in diesem Jahr sind außergewöhnlich. Sie stellen eine Premiere und eine Zäsur dar:

Eine Premiere für den neuen Landrat, über dessen Wahl sich die CDU-Fraktion immer noch freut. Eine Premiere für die CDU-Fraktion, die seit dem 13. September 2020 die stärkste Fraktion im neu gewählten Kreistag ist.

Und eine Zäsur in gesellschaftlicher und sozialer Hinsicht.

In der Konsequenz des bundesweiten Aufschwungs seit der Finanzkrise 2008 und den Erfolgen am Arbeitsmarkt, durch die Einrichtung des Jobcenters als kommunale Einrichtung, hatten unserer Kreis und seine Städte die Hoffnung, in absehbarer Zeit den Stärkungspakt erfolgreich abschließen zu können. Mit dem Teilhabegesetz und den Möglichkeiten des Paragraphen 16i wird erstmalig seit der Einführungen der Reformen am Arbeitsmarkt die Langzeitarbeitslosigkeit nennenswert und erfolgreich bekämpft.

Die Zäsur erfolgt seit ziemlich genau einem Jahr durch die Corona Pandemie, die uns täglich herausfordert, deren Ende nicht abzusehen ist und deren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen schwer abzuschätzen sind.

Ausgangslage im Kreis Recklinghausen

Das Vest Recklinghausen wird oft als Brennglas des Landes NRW gesehen. (Pars pro Toto). Der Kreis entspricht voll der Heterogenität des Landes mit ländlichem und industriellem Raum.

Unsere zehn Städte sind belastet mit den Kosten des demographischen Wandels, des industriellen Strukturwandels und der daraus resultieren Soziallasten, mit denen der Bund und das Land die Region lange alleine gelassen haben.

Erst mit der Einrichtung des Stärkungspaktes wurde ein erster Schritt gemacht, den Städten mit temporärer Hilfe und harter Haushaltsdisziplin (Steuererhöhungen) einen Weg aus der Schieflage der Haushalte heraus zu ermöglichen.

Dem ersten Schritt müssen weitere folgen: Es fehlt eine dauerhafte und gerechte Finanzierung der Soziallasten und eine Lösung für die Altschulden.

Der Kreis Recklinghausen ist als Gebietskörperschaft ein Umlageverband, der per Gesetz keine Schulden machen darf, sondern sich aus den Beiträgen seiner Städte refinanziert.

Die Mitglieder der CDU-Fraktion sind in den Kommunen verankert. Die CDU versteht sich als eine in der Kommunalpolitik verankerte Volkspartei. Wir kennen die Situation in unseren Städten. Wir kennen gerade ihre finanziellen Probleme, die die Umsetzung vieler notwendiger und innovativer Projekte und Ideen verhindert.

Der Kreis darf deshalb nicht der Versuchung erliegen, sich besser zu stellen als die Städte. Das liegt auch in seinem Eigeninteresse. Und allen muss es um den Zusammenhalt der kommunalen Familie gehen, um die Solidarität von Kreis und den zehn kreisangehörigen Städten.

Unsere Etatberatung des Kreises und die Beratung des Stellenplans müssen sich also am Wohlergehen der Städte orientieren.

So möchte ich einige wesentliche Punkte der vorgelegten Eckdaten im Zusammenhang mit der Stellungnahme der Städte zur Benehmsherstellung gemäß § 55 der Kreisordnung hervorheben.

Wichtige Aspekte der vorgelegten Zahlen und Stellungnahme der Bürgermeister:

Die wesentliche Verbesserung für den Kreishaushalt liegt in der höheren Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft im SGB II. Für die CDU ist wichtig, dass diese Entlastung von mehr als 170 Millionen € bis 2024 an die kreisangehörigen Städte weitergegeben wird.

Die Städte weisen zu recht in ihrer Stellungnahme vom 18.11.2020 darauf hin, dass sich die Steuerschätzungen der kommenden Jahre eintrüben. In dieser Situation sind Haushaltsdisziplin und Investitionen gefordert.

In diesem Zusammenhang ist es einmalig, dass die Städte den Kreis für seine angemessene Personalpolitik loben. Die Personalkosten werden um 3 Millionen sinken.

In den für heute vorgelegten Zahlen ist der Kreis auch dem Wunsch der Städte nachgekommen, die Corona bedingten Kosten im Haushalt zu isolieren und die geänderte LWL-Umlage zu berücksichtigen. Damit kann die Entnahme aus der Ausgleichsrücklage um circa 9 Millionen verringert werden.

Bei dieser Politik investiert der Kreis gleichwohl in den Vestischen Klimapakt, in moderne Mobilität und in seine Infrastruktur.

Die vom Kreistag beschlossenen Ziele des Klimapaktes werden unabhängig von der Farbenlehre umgesetzt. Verbesserter ÖPNV und Radverkehr, Photovoltaikanlagen und Wasserstoffbusse sind Bausteine auf diesem Weg.

Über 12 Millionen Euro werden in die Infrastruktur investiert. An den Berufskollegs ist dies gut für die Schüler, bei den Straßen und Brücken unter anderem für die Bürger von Ahsen.

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen,
die CDU-Fraktion dankt den Damen und Herren des Fachbereich Finanzen für die freundliche Unterstützung während der Etatberatungen und hat ein Votum:

Wir stimmen dem von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsentwurf für das Jahr 2021 zu!!!